

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

- 3. JAN. 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/2

Bonn, der 3. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2

Wir brauchen ein Europäisches Jugendwerk

66

Bilateraler Jugendaustausch genügt nicht

Von Waldemar Ritter

3

Ein Jahr der Wahlen

38

Der Testfall für 1965

4 - 5

Krankentbetten - Schulbau - Wasserversorgung

97

Der Landeshaushalt Hessen für das Jahr 1964

6

Bandung- oder Blockfreiskonferenz?

47

Jugoslawische Aktivitäten

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schlegel

Chefredakteur Günter Markscheffel

Wir brauchen ein Europäisches Jugendwerk

Bilateraler Jugendaustausch genügt nicht

Von Waldemar Ritter

Die junge Generation Europas wird ungeduldig. Die Rückschläge, die Europa in der tagespolitischen Vorvergangenheit hat einstecken müssen, sind im Bewußtsein der Jugend zu großen Teilen bereits aufgearbeitet. Ihr geht die Einigung der Völker und Staaten Europas zu langsam voran. Sie will und sie kann dieses Werk nicht der nachkommenden Generation überlassen, denn sie spürt sehr deutlich, daß die weltpolitische Entwicklung uns allen, ob wir in der Politik stehen oder nicht, ob wir einer Partei oder Organisation angehören oder nicht, nur noch begrenzte Zeit für die Überwindung der Probleme läßt, die sich auf dem Wege zur Einheit Europas auftun.

Für ein sichtbares Engagement

Europa ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die uns alle angeht. Die Unruhe unserer Jugend ist dabei von hohem Wert. Wir alle täten gut daran, das immer sichtbarer werdende europäische Bewußtsein der jungen Menschen zu stärken. Auf dieses hoffentlich auch von allen erstrebte Ziel richtet sich ein Plan, der in den letzten Wochen die Diskussion verschiedener europäischer Jugendverbände bestimmte und der den Parlamentariern und den Regierungen in Europa Gelegenheit geben will, im Sinne ihrer bekannten politischen Erklärungen ein sichtbares Engagement einzugehen.

Europäischer Jugendrat ist einverstanden

Auf der letzten Konferenz des Europäischen Jugendrates (CEJIC), dem die Dachorganisationen der Jugend aus 13 europäischen Ländern angehören, als auch auf der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings ist die Gründung eines Europäischen Jugendwerkes vorgeschlagen worden. Am 17. Januar dieses Jahres wird sich das deutsche Nationalkomitee des Weltjugendrings (WAY) mit diesem Vorschlag beschäftigen und sicher sich zu eigen machen.

Der bisherige Plan sieht nach den Worten des Vorsitzenden des Europäischen Jugendrates vor, ein Jugendförderungsprogramm auf europäischer Ebene ins Leben zu rufen, das nach den in verschiedenen europäischen Ländern bisher schon praktizierten Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und freien Jugendorganisationen gestaltet ist und die in Ansätzen im Europarat bereits vorhandenen Programme aufnimmt und ausbaut.

Regierungen und Parlamente haben jetzt das Wort

Voraussetzung ist, daß die europäischen Regierungen, nach Größe und Finanzkraft gestaffelt, jährlich einen nennenswerten Betrag in einen gemeinsamen Fonds geben, der vor allem dem Zweck dient, den europäischen Austausch und die europäische Zusammenarbeit der jungen Generation zu fördern. Das heißt, daß die europäischen Parlamente und Regierungen die Voraussetzungen schaffen müssen, um eine wirklich multilaterale und umfassende Zusammenarbeit der Jugend in Europa, einen umfangreichen Jugendaustausch und Jugendbegegnungen verschiedenster Art in Gang zu setzen, so wie sie im Interesse der europäischen Integration zu wünschen sind. Aber auch der Europarat kann hierbei eine wichtige Rolle übernehmen und wesentlich dazu beitragen, die europäischen Parlamente und Regierungen für eine solche Initiative zu gewinnen.

Die größere Ebene

Freilich drängt sich gerade dem deutschen Betrachter eines solchen Vorschlages eine gewisse Ähnlichkeit in der Form mit dem deutsch-französischen Jugendwerk auf. Aber auch von dem Zustandekommen und von der Diskussion um dieses Jugendwerk sind in der jungen Generation Erkenntnisse gewachsen, die sie nun auf ganz Europa angewendet wissen möchte. Es ist vor allem die Erkenntnis, daß Regierungen auch für die internationale Jugendbegegnung plötzlich bedeutende Summen in den Staatshaushalt aufnehmen können, wenn das ihrer politischen Konzeption entspricht.

Eben das aber brauchen wir auf der europäischen Ebene, wenn wir mit der Einheit Europas Ernst machen wollen. Wenn wir darüber hinaus die deutsch-französische Freundschaft, und als einen ihrer institutionellen Ausdrücke, das deutsch-französische Jugendwerk als e i n e von den vielen Voraussetzungen für die Einigung Europas betrachten, dann wäre das Aufgehen des deutsch-französischen Jugendwerkes in ein europäisches Jugendwerk ein gewaltiger und weithin sichtbarer Schritt nach vorn.

* * *

Es besteht kein Zweifel: Die europäische Jugend will Europa. Sie will es bald, und wir alle müssen es bald erringen. Die Zukunft ist Europa und wer die Zukunft hat, hat auch die Jugend.

+ + +

Ein Jahr der Wahlen

Der Testfall für 1965

sp - Ein bewegtes Jahr deutscher Innenpolitik steht bevor. 1964 wird ein Jahr der Wahlen sein. Den Reigen eröffnet Baden-Württemberg, das in diesem Frühjahr seinen Landtag zu bestellen hat. Im gleichen Frühjahr erfolgen in Bayern die Oberbürgermeister- und Landratswahlen. Im industriereichen Nordrhein-Westfalen sind die Gemeindevahlen fällig, ebenso in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Die Hauptaufmerksamkeit dürfte sich auf den Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg richten, die nach den Worten des geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Herrn Dufkues, zu einem Testfall für die Bundestagswahlen im nächsten Jahr gestaltet werden sollen.

Aber auch die Oberbürgermeister- und Landratswahlen in Bayern dürften bundesrepublikanisches Interesse erwecken. Die CSU des Franz Josef Strauß findet in der Sozialdemokratie einen Faktor von wachsender Bedeutung in der bayerischen Politik. Die letzten Landtagswahlen brachten dieser Partei einen Mandatsgewinn von 19; mit 35 Prozent von allen abgegebenen Stimmen errang sie eine Position, wie sie sie noch niemals vorher in diesem Lande besaß. Dieser Erfolg beschränkte sich nicht auf einige regional begrenzte Gebiete, er war sowohl in den Städten wie auf dem Lande zu verzeichnen. Lohn konzentrierter Anstrengungen und des Bemühens, der Landespolitik Bayerns fortschrittliche Züge aufzuprägen. Die einstmals alles beherrschende CSU verlor an Boden, ihr Selbstbewußtsein wurde angeschlagen. Ihre Wahlkampfführung enthielt faschistoide Elemente und nahm - erinnert sei nur an ihren letzten Wahlauftritt - Auswüchse an, die die Grenze des in einer Demokratie Zumutbaren überschritten. Wird Franz Josef Strauß, brennend von politischem Ehrgeiz, der Versuchung widerstehen können, längst überholte nationalistische Ressentiments neu zu entfachen? Wer ihn und seine Skrupellosigkeit kennt, muß sich besorgt eine solche Frage stellen.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und auch bei den Kommunalwahlen in den obgenannten Ländern wird es zweifellos etwas honoriger zugehen, was freilich nicht harte Auseinandersetzungen ausschließt. In den Bereichen des Kommunallebens stellen sich für den Bürger die Probleme übersichtlicher und konkreter. Wenn infolge der nicht ausbalancierten bundesrepublikanischen Finanzverfassung die Gemeinden im allgemeinen zu kurz kommen, dann schlägt sich das nieder in chaotischen Verkehrsverhältnissen, im Mangel an Schulen und Krankenhäusern, in der Verringerung des städtisch geförderten Wohnungsbaues und in anderen, den Bürger bedrückenden Notständen. Die Bundespolitik spielt bedeutsam in diese Bereiche hinein und die für sie Verantwortlichen, die Regierungsparteien, bieten große Angriffsflächen.

Dieses Jahr wird somit ein Jahr des Kräftemessens zwischen der CDU/CSU und der ihr hart auf den Fersen folgenden Sozialdemokratie, zugleich ist es ein Auftakt für das Jahr 1965, dem Jahr der Bundestagswahlen.

Krankbetten - Schulbau - Wasserversorgung

Der Landeshaushalt Hessens für das Jahr 1964

Einen "Etat der Sparsamkeit" hat der Hessische Landtag in der letzten Sitzung des Jahres 1963 für das Haushaltsjahr 1964 verabschiedet. Mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und GDP/BHE gegen CDU und FDP wurde der Haushalt auf rund 4,5 Milliarden DM begrenzt. Das sind 13,5 Millionen weniger, als die Vorlage der Regierung für das kommende Jahr vorgesehen hatte. Doch nicht nur um diese 13,5 Millionen wurden die Etatsansätze insgesamt verändert. Es kam zu höheren Kürzungen in einzelnen Positionen. Die damit freigewordenen Mittel wurden zur Schwerpunktbildung verwandt. Sie kommen in erster Linie dem Schulbau, dem Gesundheitswesen sowie der Wasserwirtschaft und dem Straßenbau zugute.

Im Landtag wurde erklärt, mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes in der vom Haushaltsausschuß geänderten Fassung werde zum erstenmal von einem Parlament in der Bundesrepublik nach 1945 der Trend zur ständigen Ausweitung der Haushalte durchbrochen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Rudi Arndt, sagte, allein die Regierungsparteien hätten bei den Haushaltsberatungen für 1964 das Maßhalten praktiziert. Die Anträge der Opposition bedeuteten, wenn man sie näher beleuchte, fast alle eine Ausweitung des Etats. Vor allen die CDU sei, trotz ihrer früheren Erklärungen, offensichtlich nicht bereit gewesen, zu sparen.

Auf Einzelheiten eingehend, sagte Arndt, die SPD-Fraktion messe der Bereitstellung von Mitteln für neue Krankenhausbetten mehr Bedeutung zu als einer Stärkung der Verwaltungskraft der Krankenträger, bei aller Anerkennung der Leistungen, die diese vollbracht hätten. Mit ihren Anträgen versuche die CDU, vom sozialpolitischen Versagen des Bundes abzulenken, der für die Bundespflegesatzverordnung zuständig und dessen Sache auch die Reform der Sozialversicherung und der Krankenkasse sei. Man diene der Bevölkerung nicht damit, dass man Gelder des Landes an die Krankenträger gebe, die diese lediglich zur Abdeckung ihrer Defizite auf diesen Sektor benutzt. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen 5 Millionen DM dienten dagegen dem weiteren Ausbau der Krankenhäuser, und die Fraktionen der Regierungsparteien beantragten die Verstärkung dieses Etatsansatzes um weitere 5,2 Millionen auf dann insgesamt 36,2 Millionen.

Auch im Einzelplan 04, dem Kultushaushalt, kam es zu Umschichtungen. Alle Ausgabenstreichungen an Einzelpositionen dieses Einzelplanes kamen jedoch anderen Ansätzen, vorwiegend dem Schulbau, zugute. An Schulbaumitteln standen bisher 95 Millionen DM zur Verfügung. So sollte es nach dem Regierungsentwurf auch 1964 sein. Durch Bindungserwächtigungen sind für 1964 von diesem Betrag jedoch schon 85 Millionen DM in Anspruch genommen. Dieser Betrag wurde um 15 Millionen DM aufgestockt, so daß jetzt immerhin wieder 25 Millionen DM frei verfügbar sind und insgesamt für Schulbau im kommenden Jahr vom Land Zuschüsse in Höhe von 110 Millionen DM geleistet werden können.

Eine weitere, sehr wesentliche Verbesserung betrifft die Wasserversorgung und den Straßenbau im Lande Hessen.

Allein für Trink- und Abwasseranlagen sieht der Entwurf jetzt rund 57 Millionen DM vor. Das sind ebenfalls rund vier Millionen mehr als im Regierungsentwurf. Mit rund neun Millionen DM, die für Schuldendienst eingesetzt wurden, können 108 Millionen DM Kapital bewegt werden. Insgesamt sind dies für 1965 rund 165 Millionen DM für Trink- und Abwasseranlagen.

Verbessert wurden auch die Leistungen an die Gemeinden. Die 886 Millionen, die im Regierungsentwurf bereits enthalten waren, wurden erhöht auf 908 Millionen DM. Dies sind 40,7 Prozent des Nettoaufkommens an Einkommen- und Körperschaftssteuer, das dem Land Hessen verbleibt. Es ist dies der höchste Satz dessen, was die Länder aus dieser ihrer Haupteinnahmequelle an die Kommunen leisten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Rudi Arndt, warf der CDU vor, zwar Sparsamkeit bei den Personalausgaben gefordert, bei den Personaleinsparungen, die der Haushaltsausschuß vornahm, jedoch nicht mitgestimmt zu haben. Für die Aufstellung künftiger Haushalte empfahl Arndt, durch Stelleneinsparungen und Erhöhungen der Beförderungsetellen die Quantität durch Qualität zu ersetzen.

Es sei unsinnig, von Einsparungen auf dem Rücken der Beamten zu sprechen. Gegenüber dem Jahre 1963 seien die Personalausgaben des Landes im Jahre 1964 immer noch um 87 Millionen DM höher. Der Entwurf habe eine Steigerung von 88,6 Millionen DM vorgesehen. Die Einsparung betrage also lediglich 1,6 Millionen. Insgesamt trage Hessen durch eine Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Hand zur Stabilität der Währung bei. In Zeiten der Geldfülle sei dies ein konjunkturgerechtes Verhalten.

Arndt schloß seine nahezu einstündige Rede vor der Schlußbestimmung über den Haushalt mit den Worten: "Wir in diesem Lande können einen kleinen Beitrag zur Existenzfrage der Menschheit liefern, die in den Worten Frieden und Entspannung beschlossen liegt. Es ist nicht so, daß das Trennende zwischen den Menschen nur von wenigen Großen in der Politik beseitigt werden kann. Jeder einzelne von uns hat diese Aufgabe. Die großen Mauern können nur dann niedergedrückt werden, wenn wir die kleinen vorher beseitigt haben."

Dieser Etat besteht zur Zeit aus einer unendlichen Reihe gedruckter Zahlen. Diese Zahlen zum Leben zu erwecken, aus ihnen das Beste für die Menschen zu machen, wird eine der Aufgaben des Jahres 1964 sein. Wünschen wir uns und der Welt, daß dies in Frieden geschieht."

Ebenfalls mit den Stimmen der Regierungsparteien nahm der Landtag das vierte Änderungsgesetz an. Es sieht eine Anhebung des Hauptsatzes für kleine Gemeinden von bisher 90 auf jetzt 100 Prozent vor. Im Ergänzungsatz für Bevölkerungszuwachs soll nur noch der Bevölkerungszuwachs der letzten zehn Jahre als Sonderbelastung anerkannt werden. Um Härten bei einzelnen Gemeinden zu vermeiden, sieht das Gesetz vor, den Landesausgleichsstock für 1964 um 5,5 Millionen DM zu erhöhen. An die zuständigen Ausschüsse überwies der Landtag zwei Anträge der GDP/BME auf Errichtung einer medizinischen Akademie und auf Schaffung einer Ausbildungs- und Fortbildungsstätte für Kur- und Fremdenverkehrs-Fachleute.

Der Finanzminister wurde ermächtigt, im Rechnungsjahr 1964 zur Förderung des Wohnungsbaus und für die Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden Garantien und Bürgschaften bis zur Höhe von 12 Millionen DM zu übernehmen.

Bandung- oder Blockfreienkonferenz ?

Jugoslawische Aktivitäten

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

In zunehmendem Maße konzentriert sich die jugoslawische Politik auf ein Ziel, das zeitlich noch in geraumer Ferne liegt: eine zweite Konferenz der blockfreien Länder. Fast scheint es, als wolle man in Belgrad etwas von dem Terrain zurückgewinnen, das man verloren hatte, als man der ursprünglichen Initiative des ägyptischen Staatspräsidenten Nasser und des ceylonesischen Ministerpräsidenten, Frau Bandanaraika, zuerst mit einer gewissen, wenngleich nicht prinzipiellen Reserve begegnet war. Belgrad, das sich vor dem Tod Kennedys eher dafür ausgesprochen hatte, die Großmächte in ihren Direktverhandlungen zur Entspannung nicht zu drängen, hat sich zum Jahresende sehr betont in die Aktionen zur Vorbereitung einer zweiten Konferenz der Blockfreien eingeschaltet. Staatschef Tito begann persönliche Botschaften an Nasser, den indischen Ministerpräsidenten Nehru, an Kambodschas Staatschef Sihanouk, Guineas Ministerpräsident Sekou Toure sowie dem tunesischen Präsidenten Bourgiba zu versenden. Man darf sicher sein, daß in den nächsten Tagen und Wochen weitere solcher Botschaften an eine Reihe anderer Repräsentanten blockfreier Staaten folgen werden.

Blieb der Inhalt solcher Botschafter gewöhnlich streng gehütetes Geheimnis, so hat diesmal die jugoslawische Öffentlichkeit recht schnell erfahren, worum es geht. Auf der Grundlage einer gezielten indischen "Indiskretion" ist der Inhalt der Tito-Botschaft an Ministerpräsident Nehru nicht nur bekannt geworden, sondern von der jugoslawischen Presse verbreitet worden. Da außer den schon früher durchgesickerten und bekanntgewordenen Ansichten, daß nämlich die für Herbst 1964 geplante zweite Konferenz der Blockfreien einen größeren Teilnehmerkreis als im September 1961 in Belgrad umfassen soll, fiel insbesondere auf, daß man andererseits die Kriterien der Blockfreiheit verschärfen wolle. Damit soll verhindert werden, daß etwa Staaten zur Konferenz zugelassen werden, die formal als blockfrei gelten könnten, es in Wirklichkeit jedoch nicht sind.

Derselbe Faktor, der Belgrads verstärktes Engagement in Richtung auf die Abhaltung einer Konferenz der Blockfreien verursachte, hat den ansonsten internationalen Konferenzen recht abholden Nehru zu einem der eifrigsten Verfechter der Wiederaufführung des Belgrader Spektakels von 1961 gemacht: China. Mit der Gefahr vor Augen, die von Peking propagierte zweite Bandungkonferenz der afro-asiatischen Staaten nicht nur mit negativen Begründungen ablehnen zu müssen, suchte Dehli die Flucht nach vorn. Es hat dabei gerade in Belgrad einen der stärksten Mitstreiter seines Anliegens gefunden, weil Jugoslawien als europäisches Land - ebenso wie Indien, wenngleich aus anderen politischen Gründen - auf einer Bandungkonferenz von seinen bisherigen Bundesgenossen isoliert werden könnte. Kein Wunder also, wenn die Bemühungen, der Idee einer neuen Bandungkonferenz mit der Alternative einer bereiteren Blockfreienkonferenz der Wind aus den Segeln gerade in dem Moment genommen werden soll, da Chinas Ministerpräsident Tschu-Ek-lai und dessen Außenminister auf ihrer afrikanischen Good-will-Tour für ihre eigenen Ansichten aktiv zu werben begonnen haben. Wer das bessere Ende für sich behält, wird sich schon bald zeigen.